

STAATSGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1945

Ausgegeben am 20. Oktober 1945

50. Stück

196. Verfassungsgesetz: Abänderungen der Vorläufigen Verfassung.

197. Gesetz: Veterinärrechtsgesetz.

196. Verfassungsgesetz vom 12. Oktober 1945 über einige Abänderungen der Vorläufigen Verfassung.

Die Provisorische Staatsregierung hat beschlossen:

Artikel I.

Die Vorläufige Verfassung wird wie folgt abgeändert:

1 Die Überschrift von § 18 lautet:

„III. Abschnitt. Gesetzgebung.

a) Staatliche Gesetzgebung.“

2. § 18 lautet:

„§ 18. (1) Bis zum Zusammentritt des frei gewählten Nationalrates übt die Provisorische Staatsregierung die nach der Zuständigkeitsverteilung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 dem Bund zustehende Gesetzgebung und Grundgesetzgebung aus.

(2) Die Provisorische Staatsregierung kann im zwingenden Bedarfsfall auch Angelegenheiten, die nach den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 in die Zuständigkeit der Landesgesetzgebung fallen, der einheitlichen Regelung durch die staatliche Gesetzgebung zuführen.“

3. Nach § 22 wird eingeschaltet:

„b) Landesgesetzgebung.

§ 22 a. Bis zum Zusammentritt der frei gewählten Landtage übt in jedem Land die Provisorische Landesregierung die den Ländern nach der Zuständigkeitsverteilung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 zustehende Gesetzgebung aus.

§ 22 b. (1) Die Gesetzesbeschlüsse der Provisorischen Landesregierungen sind unmittelbar nach der Beschlußfassung vom Landeshauptmann der Staatskanzlei bekanntzugeben. Die Staatskanzlei hat den Gesetzesbeschluß unverzüglich der Provisorischen Staatsregierung vorzulegen.

(2) Die Gesetzesbeschlüsse dürfen nur kundgemacht werden, wenn die Provisorische Staatsregierung ihre Zustimmung erteilt, oder binnen vier Wochen nach Einlangen bei der Staatskanzlei keinen Einspruch erhebt.

§ 22 c. Falls die Provisorische Staatsregierung dem Gesetzentwurf ausdrücklich zugestimmt oder innerhalb der vierwöchigen Frist keinen Einspruch dagegen erhoben hat, werden die Gesetzesbeschlüsse vom Landeshauptmann beurkundet, von den zuständigen Mitgliedern der Provisorischen Landesregierung gegengezeichnet und vom Landeshauptmann im Landesgesetzblatt kundgemacht.

§ 22 d. Für die Stadt Wien übt der Stadtsenat die den Ländern zustehende Gesetzgebung aus. Die Aufgaben, die nach §§ 22 a bis c dem Landeshauptmann und den Mitgliedern der Provisorischen Landesregierungen zukommen, üben in Wien der Bürgermeister und die Mitglieder des Stadtsenates aus. Die Kundmachung der Gesetze erfolgt im Gesetzblatt der Stadt Wien.“

4. § 23, Buchstabe b, lautet:

„b) Die Ernennung der Angestellten des Staates und die Verleihung von Amtstiteln an solche.“

5. § 23, Buchstabe c, lautet:

„c) Die Schaffung und Verleihung von Berufstiteln;“

6. Die bisherigen Buchstaben c und d des § 23 erhalten die Bezeichnung d und e.

7. Dem § 23 wird als Buchstabe f angefügt:

„f) die Gewährung von Ehrenrechten nach den Bestimmungen besonderer Gesetze.“

8. § 31, Abs. (1), lautet:

„§ 31. (1) Die Verwaltung der Angelegenheiten, die nach der Zuständigkeitsverteilung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen, übt in jedem Land eine Provisorische Landesregierung aus.“

9. In § 31, Abs. (2) und (3), und § 36, Abs. (1), treten an die Stelle der Worte „Provisorischer Landesausschuß“ die Worte „Provisorische Landesregierung“.

10. § 42 lautet:

„§ 42. (1) Die Prüfung der Gültigkeit gehörig kundgemachter Gesetze steht den Gerichten nicht zu.

(2) Hat ein Gericht gegen die Anwendung einer Verordnung aus dem Grund der Gesetzwidrigkeit Bedenken, so hat es das Verfahren zu unterbrechen und den Antrag auf Aufhebung dieser Verordnung beim Verfassungsgerichtshof zu stellen.

(3) Ist die vom Gericht anzuwendende Verordnung bereits außer Kraft getreten, so hat der Antrag des Gerichtes die Entscheidung zu begehren, daß die Verordnung gesetzwidrig war.

(4) Ist die vom Gericht anzuwendende Verordnung durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes aus dem Grund der Gesetzwidrigkeit aufgehoben worden, so ist das Gericht, ohne den im Abs. (3) bezeichneten Antrag zu stellen, an die Rechtsanschauung des Verfassungsgerichtshofes gebunden.“

11. Nach § 48 wird eingefügt:

„VIII. Abschnitt.

Verfassungsgerichtshof.

§ 48a. Zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetzgebung und der Verwaltung nach Art. 137 bis 144 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wird der Verfassungsgerichtshof in Wien errichtet.

§ 48b. Die nähere Einrichtung und das Verfahren des Verfassungsgerichtshofes regelt ein besonderes Gesetz.“

Artikel II.

(1) Die von der Provisorischen Staatsregierung bisher erlassenen Rechtsvorschriften gelten je nach der Zuständigkeitsverteilung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 als Staatsgesetze oder als Landesgesetze weiter.

(2) Bestimmungen in bisher von der Provisorischen Staatsregierung erlassenen Gesetzen, die in Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft [Art. 11, Abs. (1), des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929] die Vollziehung Organen der staatlichen Verwaltung übertragen, gelten als Verfassungsbestimmungen.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Verfassungsgesetzes ist die Provisorische Staatsregierung betraut.

		Renner		
	Schärf	Figl	Koplenig	
Honner	Fischer	Gerö	Zimmermann	
Kraus	Heinl	Korp	Böhm	Raab
			Schumy	

197. Gesetz vom 12. September 1945 über die Wiederherstellung des österreichischen Rechtes auf dem Gebiete des Veterinärwesens (Veterinärrechtsgesetz).

Die Provisorische Staatsregierung hat beschlossen:

§ 1. Für den Bereich der Republik Österreich werden folgende Gesetze und Verordnungen aufgehoben:

1. die Verordnung über die Einführung der Tierseuchenvorschriften in der Ostmark vom 25. Juli 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 1321 (G. Bl. f. d. L. O. Nr. 1020/1939);

1a) das Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909, Deutsches R. G. Bl. S. 519, in der Fassung der Änderungsgesetze vom 18. Juli 1928, Deutsches R. G. Bl. I S. 289, vom 10. Juli 1929, Deutsches R. G. Bl. I S. 133, und vom 13. November 1933, Deutsches R. G. Bl. I S. 969, mit den Ausführungsvorschriften des Bundesrates vom 7. Dezember 1911, Deutsches R. G. Bl. 1912 S. 4 (G. Bl. f. d. L. O. Nr. 1020/1939), mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;

2. die Bekanntmachung über die Ausführung des Viehseuchengesetzes in der Ostmark vom 2. November 1939, G. Bl. f. d. L. O. Nr. 1430/1939;

3. die Verordnung über die Kosten der Viehseuchenbekämpfung in der Ostmark vom 21. Oktober 1939, G. Bl. f. d. L. O. Nr. 1417/1939;

4. die Verordnung über die Entschädigung für Viehverluste in der Ostmark vom 21. Oktober 1939, G. Bl. f. d. L. O. Nr. 1418/1939, in der Fassung der Verordnung vom 27. September 1941, Deutsches R. G. Bl. I S. 591;

5. die Verordnung zur Änderung des Viehseuchengesetzes vom 2. April 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 606, mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;

6. die Ausführungsverordnung zur Verordnung zur Änderung des Viehseuchengesetzes und Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz, betreffend die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen vom 22. April 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 724, mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen:

a) der RdErl. d. RMdI. vom 22. Mai 1940, IIIa 5607/40—2330, RMBliV. 1940 Nr. 22, Sp. 1011 ff.: Bekämpfung der Schweinepest und ansteckenden Schweinelähmung (Teschener-Krankheit);

b) der RdErl. d. RMdI. vom 27. Dezember 1940, IIIa 6134/40—2330, RMBliV. 1941 Nr. 1, Sp. 25 ff.: Bekämpfung der Schweinepest und ansteckenden Schweinelähmung (Teschener-Krankheit);

c) der RdErl. d. RMdI. vom 2. Mai 1941, IIIa 4467/41—2330, RMBliV. 1941 Nr. 19, Sp. 817 ff.: Bekämpfung der ansteckenden Schweinelähmung;

7. die Verordnung über die Einführung der Anzeigepflicht für die ansteckende Blutarmut der Einhufer vom 23. Februar 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 443, mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;

8. die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Bekämpfung des seuchenhaften Verkälbens (Banginfektion des Rindes) vom 29. Dezember 1942, Deutsches R. G. Bl. I S. 746, mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;
9. die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Bekämpfung des seuchenhaften Verkälbens (Banginfektion des Rindes) vom 15. Mai 1944, Deutsches R. G. Bl. I S. 117, mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;
10. die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung zum Schutze gegen die Hühnerpest vom 12. Dezember 1942, Deutsches R. G. Bl. I S. 689, mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;
11. das Gesetz zur Bekämpfung der Papageienkrankheit (Psittacosis) und anderer übertragbarer Krankheiten vom 3. Juli 1934, Deutsches R. G. Bl. I S. 532 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 936/1939);
12. die Verordnung zur Bekämpfung der Papageienkrankheit (Psittacosis) vom 14. August 1934, Deutsches R. G. Bl. I S. 774 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 936/1939);
13. die Zweite Verordnung zur Bekämpfung der Papageienkrankheit (Psittacosis) vom 13. Dezember 1937, Deutsches R. G. Bl. I S. 1383 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 936/1939);
14. die Dritte Verordnung zur Bekämpfung der Papageienkrankheit (Psittacosis) vom 4. November 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 1561 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 936/1939);
15. das Gesetz zur Bekämpfung der Dasselfliege vom 7. Dezember 1933, Deutsches R. G. Bl. I S. 1044, in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 18. März 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 278 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1020/1939);
16. die Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Bekämpfung der Dasselfliege vom 19. April 1937, Deutsches R. G. Bl. I S. 467 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1020/1939);
17. die Zweite Verordnung zur Einführung der Tierseuchenvorschriften in den Reichsgauen der Ostmark vom 26. Juni 1941, Deutsches R. G. Bl. I S. 336;
18. das Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 1. Februar 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 187;
19. die Erste Durchführungsverordnung zum Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 23. Februar 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 332;
20. die Zweite Durchführungsverordnung zum Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 17. April 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 807;
21. das Reichsgesetz, betreffend die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen vom 25. Februar 1876, Deutsches R. G. Bl. S. 163;
22. die Ausführungsbestimmungen des Bundesrates vom 16. Juli 1904, Deutsches R. G. Bl. S. 311, in der Fassung der Ausführungsverordnung vom 22. April 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 724;
23. die Bestimmungen des Bundesrates über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei der Beförderung von lebendem Geflügel auf Eisenbahnen vom 17. Juli 1904, Deutsches R. G. Bl. S. 317;
24. das Fleischbeschaugesetz vom 29. Oktober 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 1463 (Bekanntmachung der neuen Fassung des Fleischbeschaugesetzes vom 29. Oktober 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 1463), mit allen hierzu ergangenen Verordnungen und Durchführungserlässen, insbesondere der Verordnung über die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes vom 1. November 1940, Reichsministerialblatt SS. 289 ff.;
25. die Verordnung über die Kosten der Schlachtier- und Fleischschau und der Trichinenschau (Fleischbeschaukostenverordnung) vom 21. März 1941, Deutsches R. G. Bl. I S. 157, mit allen hierzu ergangenen Verordnungen und Durchführungserlässen, insbesondere mit der Fleischbeschaugebührenordnung für die Reichsgaue der Ostmark vom 21. März 1941, Reichsministerialblatt von 1941, Nr. 8, S. 61;
26. die Verordnung über die Einführung der Tierschutzvorschriften in der Ostmark vom 24. Juli 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 1320 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);
27. das Tierschutzgesetz vom 24. November 1933, Deutsches R. G. Bl. I S. 987, in der Fassung der Verordnung zur Ergänzung des Tierschutzgesetzes vom 23. Mai 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 598 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);
28. die Erste Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes vom 20. Juni 1934, Deutsches R. G. Bl. I S. 516 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);
29. die Zweite Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes vom 27. Juni 1936, Deutsches R. G. Bl. I S. 539 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);
30. die Dritte Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes vom 11. September 1936, Deutsches R. G. Bl. I S. 735 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);
31. die Vierte Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes vom 12. Juli 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 854 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);
32. die Fünfte Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes (Tierschutzvereine) vom 11. August 1938, Deutsches R. G. Bl. I S. 1004 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);
33. die Verordnung über das Schlachten und Aufbewahren von lebenden Fischen und anderen kaltblütigen Tieren vom 14. Jänner 1936, Deutsches R. G. Bl. I S. 13, in der Fassung der Verordnung vom 13. November 1936, Deutsches R. G. Bl. I S. 941 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);

34. das Gesetz über das Schlachten von Tieren vom 21. April 1933, Deutsches R. G. Bl. I S. 203 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);

35. die Verordnung über das Schlachten von Tieren vom 21. April 1933, Deutsches R. G. Bl. I S. 212, in der Fassung der Verordnung vom 14. November 1934, Deutsches R. G. Bl. I S. 1163 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 1021/1939);

36. das Gesetz über den Hufbeschlag vom 20. Dezember 1940, Deutsches R. G. Bl. I von 1941 S. 3, mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;

37. die Verordnung über den Hufbeschlag (Hufbeschlagverordnung) vom 31. Dezember 1940, Deutsches R. G. Bl. I von 1941 S. 4;

38. die Verordnung über die Einführung der Milchgesetzgebung in der Ostmark und im Reichsgau Sudetenland vom 5. Dezember 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 2429 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 5/1940);

39. das Milchgesetz vom 31. Juli 1930, Deutsches R. G. Bl. I S. 421 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 5/1940), mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;

40. die Erste Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. Mai 1931, Deutsches R. G. Bl. I S. 150 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 5/1940);

41. der Artikel 5, § 1, der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel vom 23. März 1933, Deutsches R. G. Bl. I S. 143 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 5/1940);

42. die Dritte Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 3. April 1934, Deutsches R. G. Bl. I S. 299 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 5/1940);

43. die Fünfte Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 25. April 1936, Deutsches R. G. Bl. I S. 399 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 5/1940);

44. die Sechste Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 31. März 1937, Deutsches R. G. Bl. I S. 431 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 5/1940);

45. die Siebente Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 12. Juni 1939, Deutsches R. G. Bl. I S. 1011 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 5/1940);

46. die Erste Verordnung zur Durchführung des Milchgesetzes in den Reichsgauen der Ostmark und im Reichsgau Sudetenland vom 27. Juni 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 923;

47. die Achte Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 23. Jänner 1941, Deutsches R. G. Bl. I S. 101;

48. die Verordnung zur Einführung der Verordnung über das Verbot der Einfuhr von Bienen in den Alpen- und Donau-Reichsgauen vom 1. September 1942, Deutsches R. G. Bl. I S. 540;

49. die ZZ. 1, 18, 19 und 20 des § 1 und die §§ 3 bis 6 der Verordnung zur Einführung der Lebensmittelgesetzgebung in der Ostmark und im Reichsgau Sudetenland vom 4. Jänner 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 40 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 16/1940);

50. das Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Lebensmittelgesetz) in der Fassung vom 17. Jänner 1936, Deutsches R. G. Bl. I S. 17 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 16/1940), mit allen hierzu ergangenen Durchführungserlässen;

51. die Verordnung über Hackfleisch, Schabefleisch und ähnliche Zubereitungen (Hackfleischverordnung) vom 24. Juli 1936, Deutsches R. G. Bl. I S. 570 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 16/1940);

52. die Verordnung über Enteneier vom 24. Juli 1936, Deutsches R. G. Bl. I S. 630 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 16/1940);

53. die Verordnung über Wurstwaren vom 14. Jänner 1937, Deutsches R. G. Bl. I S. 13 (G. Bl. f. d. L. Ö. Nr. 16/1940);

54. die Verordnung über Fleischbrühwürfel und ähnliche Erzeugnisse vom 27. Dezember 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 1672.

§ 2. Folgende Veterinärvorschriften mit den hierzu ergangenen Verordnungen, welche durch die im § 1 angeführten Gesetze und Verordnungen aufgehoben, geändert oder ergänzt worden sind, treten in der Fassung vom 13. März 1938 wieder in Kraft:

1. das Gesetz vom 6. August 1909, R. G. Bl. Nr. 177, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen in der Fassung des Bundesgesetzes vom 26. Oktober 1934, B. G. Bl. II Nr. 348, womit die §§ 8, 11 und 20 des Gesetzes vom 6. August 1909, R. G. Bl. Nr. 177, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen, abgeändert und ergänzt werden, und des Bundesgesetzes, B. G. Bl. Nr. 441/1935, womit der § 13 des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen, R. G. Bl. Nr. 177/1909, ergänzt wird;

2. die Ministerialverordnung vom 15. Oktober 1909, R. G. Bl. Nr. 178, mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 6. August 1909, R. G. Bl. Nr. 177, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen, erlassen werden, in der Fassung der Ministerialverordnung vom 7. Dezember 1934, B. G. Bl. II Nr. 407, und der Ministerialverordnung B. G. Bl. Nr. 140/1935;

3. das Gesetz vom 17. August 1892, R. G. Bl. Nr. 142, betreffend die Abwehr und Tilgung der Lungenseuche der Rinder in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1909, R. G. Bl. Nr. 182, womit einige Bestimmungen des Gesetzes vom 17. August 1892, R. G. Bl. Nr. 142, betreffend

die Abwehr und Tilgung der Lungenseuche der Rinder, abgeändert werden;

4. die Ministerialverordnung vom 22. September 1892, R. G. Bl. Nr. 166, mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 17. August 1892, R. G. Bl. Nr. 142, betreffend die Abwehr und Tilgung der Lungenseuche der Rinder, erlassen wurden, in der Fassung der Ministerialverordnung vom 20. November 1909, R. G. Bl. Nr. 183;

5. die Ministerialverordnung vom 10. Februar 1910, R. G. Bl. Nr. 38, betreffend die Anzeigepflicht für die Furunkulose der Fische;

6. das Gesetz vom 19. Juli 1879, R. G. Bl. Nr. 108, betreffend die Verpflichtung der Desinfektion bei Viehtransporten auf Eisenbahnen und Schiffen, in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1909, R. G. Bl. Nr. 184, womit einige Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juli 1879, R. G. Bl. Nr. 108, betreffend die Verpflichtung zur Desinfektion bei Viehtransporten auf Eisenbahnen und Schiffen, abgeändert werden;

7. die Ministerialverordnung vom 7. August 1879, R. G. Bl. Nr. 109, zum Vollzuge des Gesetzes vom 19. Juli 1879, R. G. Bl. Nr. 108, betreffend die Verpflichtung zur Desinfektion bei Viehtransporten auf Eisenbahnen und Schiffen, in der Fassung der Ministerialverordnung vom 21. Februar 1906, R. G. Bl. Nr. 30, und der Ministerialverordnung vom 30. März 1923, B. G. Bl. Nr. 195;

8. die Ministerialverordnung vom 1. Februar 1873, R. G. Bl. Nr. 20, betreffend die Desinfektion der zur Aufbewahrung oder zum Transporte bestimmten tierischen Rohprodukte und Abfälle;

9. die Ministerialverordnung vom 6. September 1924, B. G. Bl. Nr. 342, über die Vieh- und Fleischschau und den Verkehr mit Fleisch;

10. die Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksernährung vom 19. April 1919, St. G. Bl. Nr. 241, betreffend die Verwertung von Gegenständen animalischer Herkunft in Tierkörperverwertungsanstalten (Tierkörperverwertung);

11. die Ministerialverordnung vom 15. Februar 1855, R. G. Bl. Nr. 31, womit eine gesetzliche Vorschrift gegen Tierquälerei erlassen wird;

12. die Ministerialverordnung vom 27. August 1873, R. G. Bl. Nr. 140, betreffend die Prüfung aus dem Hufbeschlage ohne Hörung eines Hufbeschlages;

13. die Ministerialverordnung vom 6. Oktober 1924, B. G. Bl. Nr. 377, über die Herstellung, das Verkaufen und Feilhalten von aus rohem Schweinefleisch hergestellten Lebensmitteln, die zum Genusse in ungekochtem oder ungebratenem Zustande bestimmt sind;

14. das Gesetz vom 16. Jänner 1896, R. G. Bl. Nr. 89 aus 1897, betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen.

§ 3. (1) Die nach dem 13. März 1938 auf dem Gebiete des Veterinärwesens ergangenen und im § 1 nicht aufgezählten Rechtsvorschriften treten, soweit sie mit den wieder eingeführten bisheriger oder neuer Fassung im Widerspruch stehen, unter einem außer Kraft.

(2) Im Zweifelsfalle stellt das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft durch Kundmachung fest, ob eine der im ersten Absatz des § 3 inbegriffenen Rechtsvorschriften als fortbestehend oder als aufgehoben zu gelten hat.

§ 4. Dieses Gesetz findet auch auf bereits anhängige Verfahren und auf alle vor dem bezeichneten Tage begangenen strafbaren Handlungen nur insofern Anwendung, als dieselben durch die mit dem gegenwärtigen Gesetze wieder eingeführten Gesetze und Verordnungen keiner strengeren Behandlung als nach dem früher bestandenem Rechte unterliegen.

§ 5. Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern beauftragt.

		Renner		
	Schärf	Figl	Koplenig	
Buchinger		Honner	Fischer	Gerö
	Zimmermann	Heinl	Böhm	

Der Jahresbezugspreis für das Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich beträgt für das Jahr 1945 für die ständigen Bezahler im Inland *S. 20*.—, für die ständigen Bezahler im Ausland *S. 30*.—.

Bezugsanmeldungen werden von der Versandstelle der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien, III., Rennweg Nr. 16, entgegengenommen. Einzelne Stücke des Staatsgesetzblattes sind gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 3 *S.* für den Bogen = 2 Seiten, jedoch mindestens 20 *S.* für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien, III., Rennweg Nr. 12 a, und bei der Manz'schen Verlagsbuchhandlung in Wien, I., Kohlmarkt Nr. 16, erhältlich.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei.